



Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Kanton Basel-Landschaft

Direktionsvorsteher

Amtliche Kantonalkonferenz der Baselbieter Lehrerinnen und Lehrer
20. April 2010
St. Jakobshalle Basel

Regierungspräsident Urs Wüthrich-Pelloli
Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft

INTEGRATION AN UNSEREN SCHULEN

Geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
Sehr geehrte Damen und Herren

Ich danke dem Vorstand der AKK, dass ich an der Landesgemeinde der Lehrerinnen und Lehrer traktandiert bin. Wir sind gemeinsam gefordert, eine schwierige, doppelte Herausforderung zu bewältigen:

- Die Weiterentwicklung unseres Bildungsangebots sorgt für hohen Reformdruck mit den entsprechenden Belastungen für die Schulen und die Bildungsverwaltung.
- Gleichzeitig konfrontiert uns die angespannte Finanzsituation des Kantons mit erheblichem Kostendruck.

Im Dialog Perspektiven entwickeln

Die Auseinandersetzung mit Integration kann und darf keine Einbahnstrasse sein.

Die Weiterentwicklung der integrativen Schulung im Kanton Basel-Landschaft kann nicht verordnet werden. Engagement, Kreativität und Haltungsänderungen können nicht angeordnet werden. Mit Ihren vielfältigen, kritischen Fragen zu meinen Thesen, die ich selbstverständlich nicht selber erfunden aber erstritten habe – mit Ihren Fragen legen Sie den Grundstein zum unverzichtbaren Dialog. Die Auseinandersetzung mit Ihren Bedenken und Forderungen bildet eine wichtige Grundlage für praxistaugliche und zukunftsfähige Lösungen. Ich danke allen, die sich ernsthaft mit den Leitthesen zur Integration beschäftigt haben und ich freue mich natürlich, dass trotz der geltend gemachten Vorbehalte kein einziger Positionsbezug die integrative Schulung kategorisch ablehnt. Für Diskussionsverweigerung wird nicht plädiert.

Bei der Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen gelten für mich folgende Eckwerte:

- Bei der Vorbereitung, Planung und Umsetzung von Reformen müssen hohe Mitwirkungsstandards als unverzichtbare Gelingungsbedingungen gesichert werden.
- Bei nicht vermeidbaren Kürzungsvorgaben hat die Sicherung der gesetzlichen Eckwerte in Sachen Pflichtstunden und Klassengrößen Priorität. Personalrechtliche Massnahmen, die isoliert den Bildungsbereich treffen, sind nicht verhandelbar.

Von dieser Überzeugung lasse ich mich leiten, auch wenn dies nicht allen passt, weil möglicherweise die Feindbildpflege schwieriger wird.

Der Vorsteher BKSD ist nicht Franco Basaglia.

Mein Weg heisst: pragmatisch Richtung Fortschritt anstatt dogmatisch in die Sackgasse.

Während sich auch gegen den eher gemächlichen Baselbieter-Weg Widerstand manifestiert, ärgern sich die Integrations-„Turbos“ über das meiner Meinung nach zu recht sorgfältige, besonnene Vorgehen. Pragmatisch ist für mich kein Schimpfwort.

Geprägt wurde meine Überzeugung durch die Erfahrungen mit den radikalen Reformprojekten des italienischen Psychiaters Franco Basaglia anfangs der 1980er Jahre. Diese „Bolognareform“ – die konsequente Schliessung aller Kliniken - brachte neben Fortschritten, neuer Lebensqualität und Freiheiten für viele Elend und Verwahrlosung.

Schematische Denkmuster und Einheitsmodelle werden unserer Einzigartigkeit und unseren individuellen Bedürfnissen eben nicht gerecht.

Integration ist Realität - auch in den BL-Schulen

Die Frage, die uns beschäftigt und mit der wir uns beschäftigen müssen, kann nicht lauten: Integration Ja oder Nein? Integrative Schulung ist auch in unserem Kanton gelebte Realität. Über 200 Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen werden bereits heute in Regelklassen unterrichtet und gefördert – in vielen Fällen mit beeindruckendem Erfolg – scheitern ist keine Exklusivität dieser Kinder.

Den Lehrpersonen und Schulleitungen, die heute mit viel Engagement und Professionalität integrative Schulung möglich machen, gebührt grosser Dank und Respekt.

Wer integrative Schulung als Alternative – ich spreche ausdrücklich nicht von Ersatz - zur Separation ablehnt, muss konsequenterweise auf der politischen Bühne antreten und das Behindertengleichstellungsgesetz abschaffen.

Integration ist kein Dogma und keine ideologische Modeströmung - Ziele sind: mehr Lebensqualität, mehr Entwicklungschancen

In den bisherigen Auseinandersetzungen zur Weiterentwicklung der integrativen Schule wurden zur Rechtfertigung der Fundamentalopposition eigentliche Schreckensszenarien verbreitet. Es wurde unterstellt, Integration strebe an, ohne Rücksicht auf das Wohl und die Entwicklungschancen der integrierten Schülerinnen und Schüler, zum Schaden der ganzen Klasse, unter Missachtung der berechtigten Anliegen und Bedürfnisse von Lehrpersonen, Schulleitungen und Eltern, ein Dogma durchzustieren.

Die geltenden Vorgaben lassen keinen Zweifel offen, dass diese Schwarzmalerei jeglicher Grundlage entbehrt.

Die Grundlagen für den erforderlichen konstruktiven Dialog, für die Forderungen von Schulen und Lehrpersonen und die Vorgaben für die Entwicklung der Umsetzungsgrundlagen sind unmissverständlich. Im Konkordat Sonderpädagogik und in der Vorlage zum Bildungsgesetz wird klargestellt: Integration ist dann die bevorzugte Schulungsform, wenn auf diesem Weg die Entwicklungschancen des Kindes verbessert werden und die Rahmenbedingungen der Schule dies zulassen, wenn dies für die Klasse, für Lehrpersonen und Schulleitung lebbar ist und eine geeignete Infrastruktur zur Verfügung steht. Kleinklassen und Sonderschulen werden nicht abgeschafft.

Baselland muss glaubwürdig bleiben = keine Bildungsinsel

Mit seiner Standesinitiative zur Bildungsharmonisierung hat der Kanton Basel-Landschaft eine Pionierrolle auf gesamtschweizerischer Ebene übernommen. 92% der Stimmberechtigten haben in unserem Kanton der Bildungsverfassung und damit dem unmissverständlichen Auftrag Richtung Bildungsharmonisierung zugestimmt. In der Vernehmlassung zu den Vorlagen HarmoS und Konkordat Sonderpädagogik überwiegen klar die positiven Rückmeldungen.

Während einer Sitzung der landrätlichen Bildungskommission erreichte uns die Nachricht, dass im Kanton AG der Beitritt zum Konkordat Sonderpädagogik vom Parlament einstimmig verabschiedet wurde. Wir führen keine isolierte und exklusive Diskussion in unserem Kanton. Und der politische Auftrag ist unmissverständlich klar. Baselland hat sich mit klaren Mehrheiten als Speerspitze der Bildungsharmonisierung positioniert - wer diese Auftrags- und Beschlusslage ignoriert, hat ein eigenartiges Demokratieverständnis. Es entspricht auch nicht dem Bild und Selbstverständnis des selbstbewussten Kantons Basel-Landschaft, wenn wir uns Reform- und Entwicklungsschritte nicht zutrauen, die andere mit grosser Selbstverständlichkeit bewältigt haben.

Nein danke ist kein Programm - Leitthesen bilden Orientierungsrahmen

Knappe Gesetzesbestimmungen müssen mit Inhalt gefüllt werden. Mit den Leitthesen, die heute zur Diskussion gestellt werden, wird sichergestellt, dass sich die Vorgaben für die Umsetzungsschritte an den Bedürfnissen der Kinder und Schulen orientieren - unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Realitäten und Entwicklungen auf der Grundlage gesicherter pädagogischer Erfahrungen. Heterogenität kann nicht mit einer Änderung des Bildungsgesetzes aus der Welt geschrieben werden. Veränderte Herausforderungen im Schulalltag lassen sich nicht per Dekret verbieten. Die Herausforderung heisst, mit den erforderlichen qualitativen und quantitativen Ressourcen und zweckmässigen Rahmenbedingungen den Realitäten Rechnung zu tragen. Dass dies einfacher gesagt als realisiert ist, wissen wir alle.

Hohe Mitwirkungskultur im Bildungsbereich

Verbände und AKK waren von Anfang an in die Reformprojekte einbezogen. In Hearings, Konsultationen, Kommissionssitzungen, Vernehmlassungen und der direkten Mitwirkung in parlamentarischen Beratungen wird die Chance zur Mitgestaltung genutzt.

Die bildungspolitischen Veränderungen, die Entwicklungen, die Ihren Arbeitsalltag prägen, sind immer das Ergebnis eines intensiven, breit abgestützten Diskussionsprozesses. Ich rufe gerne in Erinnerung, dass es keinen Bereich gibt, in dem die Direktbetroffenen so direkt und von Anfang an zu Wort kommen wie im Bildungsbereich:

- Die Spitalpolitik wird festgelegt, ohne dass diese an Vollversammlungen der Beschäftigten diskutiert wird.
- Mir ist nicht bekannt, dass für die Beratung neuer sicherheitspolitischer Strategien das Polizeicorps zusammengerufen wird.

Dieses Mitwirkungsrecht bedeutet aber auch Verpflichtung und Verantwortung.

Kritische Standortbestimmung zur Guten Schule Baselland

Unser Bildungssystem erlebt immer wieder heftige Wechselbäder. Weil sämtliche Neuerungen der letzten Jahre als Fehlentwicklungen abqualifiziert werden, droht uns Sinkflug des Bildungsniveaus bis zum Notstand. Sobald Kritik von aussen – Stichwort Privatschulinitiative – oder Reformen von innen drohen, darf ich mich nicht nur über die gute Schule Baselland, sondern über die beste Schule überhaupt freuen.

Tatsache ist, dass wir neben der berechtigten Freude über die ausgezeichneten Leistungen und Erfolge unseres Bildungsangebots mit ernsthaften Schwächen konfrontiert sind. Unser hochgradig separatives Bildungssystem ist nicht einfach eine Erfolgsgeschichte.

Zu denken geben muss sicher, dass wir einen Spitzenplatz belegen bei:

- den Kosten Primarschulen
- den Kosten spezielle Förderung
- dem Anteil Risiko-Schülerinnen/Schüler beim Abschluss der Volksschulen.

Schulentwicklung hat ein Preisschild

In den Vorlagen HarmoS und Fremdsprachenkonzept werden klare Vorgaben und Forderungen für Ressourcen und Finanzen begründet.

Reformen sind nicht zum Nulltarif zu haben, sonst sind sie in der Regel zum Scheitern verurteilt. Dass wir Aufwand und Herausforderungen bei der Vorbereitung und Umsetzung von Neuerungen ernst nehmen, dafür haben wir bei den Vorlagen zum HarmoS-Konkordat ebenso Rechnung getragen wie bei der Vorlage zum Fremdsprachenkonzept.

Voraussetzung für die politische Klärung, wie viel Regierung und Parlament in die Weiterentwicklung der integrativen Schulung investieren wollen, ist aber, dass wir überhaupt eine entsprechende Vorlage zur Diskussion stellen können.

Mit der Verabschiedung des sonderpädagogischen Konzepts durch die Regierungen beider Basel und mit dem Beitritt zum Konkordat fängt die Diskussion erst richtig an. Ohne übergeordnete Vorgaben findet aber die Konkretisierung der Umsetzungsvorgaben und die für Sie als Lehrpersonen entscheidend wichtige Auseinandersetzung über die Ressourcen gar nicht statt und wir bleiben bei dem für alle Beteiligten unbefriedigenden Ist-Zustand stehen.

Wichtige Rolle der Lehrpersonen

Über die AKK und Verbände haben Sie die Chance, Ihren Einfluss auf die parlamentarische Beratung der Weichenstellungen im Bildungsbereich aktiv mitzugestalten.

Nutzen Sie persönliche Kontakte zu Landrätinnen und Landräten, damit sich diese auf Informationen und Erfahrungen aus erster Hand stützen können.

Sie sind alle ganz persönlich aufgefordert, Ihre Instrumente und Möglichkeiten der Mitgestaltung aktiv zu nutzen.

Ich bin auf Ihre Positionsbezüge, auf Ihre erfahrungsgestützten Vorschläge und Ihre lösungsorientierte Kritik gespannt.